

**Michael Diettrich (Sprecher der Vorarlberger Armutskonferenz),
Ansprache auf der Sonntagsdemo am 07.04.2019 in Feldkirch/Vorarlberg**

Empörung und Entrüstung reichen nicht: It's the economy, stupid!

Von armen und nicht ganz so armen Menschen, deren Begeisterung für Freizügigkeit und offene Grenzen verständlicherweise nicht ganz so groß ist

In einer der vielen Talkshows im deutschen Fernsehen habe ich kürzlich eine Debatte über Klimapolitik und die Freitagsdemos der Schüler verfolgt. Da wurde ausgiebig die Frage diskutiert, ob diese Schülerdemos während der Schulzeit stattfinden dürfen bzw. sollten. Irgendwann meinte dann der einzige anwesende Klimaforscher: „Wir diskutieren über die Maus und sehen den Elefanten nicht!“. Das schien mir ein Hinweis, den auch wir bedenken sollten: In Anbetracht der derzeitigen politischen Stimmungslage könnten wir Elefanten gut gebrauchen, um Mehrheiten für unsere Anliegen zu organisieren, und sollten uns nicht in Debatten über Mäuse verstricken lassen.

Nehmen wir die neue Sozialhilfe, die gerade eben im Ministerrat beschlossen wurde. Die wird die Betroffenen hart treffen, insbesondere die Familien mit Kindern. Außer bei den üblichen Verdächtigen im Sozialwesen, in Teilen der SPÖ und der Grünen und bei uns gibt es dennoch keinen Aufschrei und nicht viel anders ist das bei den Ungeheuerlichkeiten, die man derzeit mit den Flüchtlingen veranstaltet. Zu klein ist die Zahl der Betroffenen. So eignen sich SozialhilfebezieherInnen und Flüchtlinge bestens für die Parteien der Bundesregierung, recht gefahrlos einen medialen Budenzauber zu veranstalten, der völlig an den Realitäten vorbeigeht: Ganze 2,1 Prozent der österreichischen Sozialausgaben entfielen zuletzt (2017) auf Mindestsicherung und die gesamte Flüchtlingshilfe – mit fallender Tendenz. Das ist weit entfernt von der immer wieder beschworenen Gefahr für die Finanzierung des Sozialstaates.

Dieser Budenzauber hat nur einen Zweck: Er lenkt ab von den Themen, die die Bundesregierung sträflich vernachlässigt oder ganz bewusst vermeidet. Es ist deshalb meines Erachtens auch fatal, auf jeden Futz, den unser Innenminister oder seine Kollegin aus dem Sozialressort lassen, mit moralischer Entrüstung und Empörung zu reagieren. Auch wenn diese Entrüstung meist völlig gerechtfertigt ist: Man geht damit der gezielten Provokationsstrategie der Bundesregierung auf den Leim und sorgt dafür, dass der Budenzauber immer wieder neu befeuert wird. Die Bundesregierung hat es geschafft, dass wir über die Maus debattieren und den Elefanten nicht mehr sehen. Der Borkenkäfer bestimmt die österreichische Sozialpolitik und der Papamonat ist zum Topthema der Wirtschaftspolitik avanciert. Währenddessen rasselt das Wirtschaftswachstum dieses Jahr um 50% nach unten – und niemanden stört es.

Das wird in Form wieder zunehmender Arbeitslosigkeit in erster Linie genau die treffen, die das eigentliche Kernproblem der wieder aktuell gewordenen sozialen Frage bilden: Die unteren 40 Prozent der Bevölkerung, die laut OECD in den letzten 30 Jahren von der Wohlstandsentwicklung abgehängt wurden und deren Einkommenssituation deshalb dringend in den Fokus der Politik gehört. Diese Menschen sind nicht unbedingt alle arm. Aber das sind die, die heute über weniger Reallohn verfügen als noch vor 20 Jahren und die jeden Cent drei Mal umdrehen müssen, bevor sie ihn ausgeben. Das sind die, die unter den eklatant gestiegenen Wohnkosten besonders leiden. Und das sind die, die auch vom neuen Familienbonus nicht mehr als die Brotkrumen abbekommen.

Sie spielen in der Politik seit geraumer Zeit nur dann eine Rolle, wenn ihre viel zu niedrigen Einkommen mal wieder dafür herhalten müssen, die Mindestsicherung noch weiter zu reduzieren. Es ist unglaublich, dass gerade diejenigen politischen Parteien am lautesten in dieser Tonart pfeifen, die mit ihren marktradikalen Wirtschaftskonzepten am nachdrücklichsten für die miserable Situation dieser Menschen gesorgt haben und weiter sorgen. Genauso fatal ist es aber, dass die Lebenssituation dieser Menschen auch in anderen Parteien kaum noch eine Rolle spielt.

Es kommt auch nicht von ungefähr, dass in dieser Bevölkerungsgruppe die Skepsis gegenüber Zuwanderung besonders ausgeprägt ist. Sie ist sogar berechtigt. Diese Menschen sind von dem durch Zuwanderung bedingten Druck auf den Arbeitsmarkt und auf die Löhne im unteren

Einkommensbereich besonders betroffen und sie erleben auch die Konkurrenz um wenigen leistbaren Wohnraum und Sozialleistungen hautnah.

Allerdings hat das weniger mit der Zuwanderung von Flüchtlingen zu tun. Viel bedeutsamer ist die ganz legale Migration in Folge der Personenfreizügigkeit der EU. Weil sich die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU insbesondere nach der Einführung des Euro eher vergrößerten, ging diese Migrationsbewegung anders als noch von meiner Generation erhofft nur in eine Richtung: Von den wirtschaftlich schwächeren Ländern in die stärkeren. Sie half dort ein Arbeitskräfteüberangebot zu schaffen, das zu der miserablen Einkommensentwicklung nicht unwesentlich beitrug. Um das zu verhindern, hätte man den zunehmenden Handelsungleichgewichten viel mehr Beachtung schenken und die Arbeitsmärkte viel mehr steuern müssen, statt sie stetig weiter zu „flexibilisieren“. Hier haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten sträflich versagt. Die Liberalisierung und Freizügigkeit im Güter und Personenverkehr, die die EU so gerne auf ihre Fahnen schreibt, sind für die Menschen in den unteren Einkommensgruppen Gift: Sie haben auf liberalisierten Märkten nicht die Marktmacht, um dem durch die Freizügigkeit und Deregulierung entstandenen Druck etwas entgegenzusetzen. Sie brauchen staatliche Regulierung, die sie schützt, einen ausgebauten Sozialstaat und starke Gewerkschaften – ganz besonders, aber nicht nur, wenn man Grenzen öffnet.

Es ist für mich sogar nachvollziehbar, dass manche dieser Menschen sich für eine illiberale Demokratie erwärmen können. Der Liberalismus hat ihnen eher Nachteile gebracht. Auch die hierzulande häufig zu hörende Floskel, gerade Vorarlberg habe von der EU profitiert, wird einen Erwerbstätigen aus den unteren Einkommensrängen eher weniger überzeugen: Der gesamtwirtschaftlich zu beobachtende Wohlstandszuwachs ist bei ihm nicht angekommen – im Gegenteil! Für ihn ist es auch nicht relevant, ob die EU ein Friedensprojekt war und noch ist, ob wir mehr oder weniger Europa brauchen. Er bräuchte eine andere Wirtschaftspolitik, in der er vorkommt - sowohl in der EU, als auch in Österreich. Er bräuchte eine Wirtschaftspolitik, die Vollbeschäftigung nicht nur in Sonntagsreden wieder in den Mittelpunkt rückt und in der 4 Prozent Arbeitslosigkeit nicht schon als Vollbeschäftigung gelten; er bräuchte eine Wirtschaftspolitik, die ihm Löhne garantiert, mit denen er ein gutes Auskommen findet. Und er bräuchte eine soziale Absicherung, die ihm die Angst nimmt, bei den zu erwartenden technologischen Umwälzungen in der Arbeitswelt vollkommen unter die Räder zu kommen.

Nichts davon kann man in der Politik der Bundesregierung wiederfinden, wenn man den blumigen Sonntagsreden auf den Zahn fühlt. Selbst die Ankündigung, bei einer Steuerreform im kommenden Jahr vor allem die unteren und mittleren Einkommen entlasten zu wollen, ist nicht mehr als ein blauäugiges Wunsch-dir-was-Programm. Gleichzeitig sollen Abgaben gesenkt, Haushaltsüberschüsse erzielt und Schulden reduziert werden, ohne dass Leistungen gekürzt werden. Das funktioniert bestenfalls bei einer kräftig brummenden Wirtschaft. Bedauerlicherweise geht die gerade auf Talfahrt und wird sich bis nächstes Jahr nicht hinreichend erholen. Man darf gespannt sein, was diesmal von den großspurigen Ankündigungen der Bundesregierung übrig bleibt ...

Fatal ist es in dieser Situation, dass auch die Opposition nichts zu bieten hat, was die soziale und wirtschaftliche Situation der unteren 40 Prozent verbessern könnte. Dazu bräuchte es vor allem eine wirtschaftspolitische Alternative, moralische Empörung und das Einfordern von Menschenrechten sind eindeutig zu wenig. Bedauerlicherweise hat sich die SPÖ schon seit längerem aus der wirtschaftspolitischen Debatte verabschiedet, die Grünen haben noch nie ernsthaft daran teilgenommen. So hat man den Rechtskonservativen in der türkisen ÖVP und der FPÖ das Feld überlassen, mit einem hervorragend inszenierten Marketing und dem Hochkochen von eigentlich völlig irrelevanten Themen den sog. „kleinen Mann“ und seine Alltagssorgen gezielt anzusprechen. Dass die ein Wirtschaftskonzept verfolgen, das schon in der Vergangenheit zu der misslichen Situation gerade dieses „kleinen Mannes“ geführt hat, verstehen die wenigsten. Und sie werden es auch weiterhin nicht verstehen, so lange keine politische Partei ein stichhaltiges anderes Konzept vertritt.

Es ist an der Zeit, dies zügig zu ändern. Der konjunkturelle Abschwung wird die Schönwetterphase für die Bundesregierung spätestens Ende des Jahres beenden. Wir müssen deshalb schnellstens raus aus der Entrüstung und Empörung und uns an Bill Clinton erinnern. Der meinte seinerzeit auf die Frage, wie man angesichts schlechter Umfragewerte die nächste Wahl trotzdem noch gewinnen könne: „It’s the economy, stupid!“ Auf diesem Gebiet hat diese Bundesregierung nichts, aber auch gar nichts zu bieten – vor allem ihren Wählern aus den unteren Einkommensrängen nicht. Wenn man jetzt nicht schnellstens stichhaltige Alternativen präsentiert, werden wir es noch viele Jahre mit einem Bundeskanzler zu tun haben, der zwar nicht im entferntesten weiß, wie eine Marktwirtschaft funktioniert, der aber das politische Marketing perfekt beherrscht und es hervorragend versteht, einen mit immer neuen Flüchtlingskandalen vor sich herzutreiben.